

## Inhaltsübersicht

<b>A. Einleitung .....</b>	<b>A 9</b>
<b>B. Der „Normalfall“: Die Situation des einwilligungsfähigen Patienten .....</b>	<b>A 12</b>
I. Ausgangspunkt: Das Erfordernis einer individuellen Einwilligung in eine medizinische Behandlung .....	A 12
II. Kritik an der rechtssystematischen Verortung der eigenmächtigen Heilbehandlung .....	A 14
III. Präzisierung: Nicht-konsentierte, aufgedrängte und verweigerte Behandlung, insbesondere aus dem Blickwinkel des Behandlungsabbruchs .....	A 17
1. Terminologische Klärung .....	A 17
2. Die Legitimationsbedürftigkeit einer (Weiter-)Behandlung: nicht-konsentierte und aufgedrängte Behandlung .....	A 18
3. Die ärztlicherseits verweigerte Behandlung .....	A 23
IV. Materialisierung der Patientenentscheidung durch Aufklärung .....	A 28
1. Die Einwilligung in eine Behandlung .....	A 28
2. Die Ablehnung einer Behandlung .....	A 32
V. Fehlerhaft gebildeter Wille des einwilligungsfähigen Patienten .....	A 34
<b>C. Die Situation des nicht äußerungsfähigen Patienten ohne (erreichbaren) Vertreter .....</b>	<b>A 36</b>
I. Diskussionsstand .....	A 36
II. Stellungnahme und Leitlinien für eine gesetzliche Regelung .....	A 38
1. Rein objektive Interessenabwägung als reine Fremdbestimmung .....	A 38
2. Subsidiarität des mutmaßlichen Willens gegenüber möglicher Selbstbestimmung und möglichem Vertreterhandeln .....	A 39
3. Subsidiarität des mutmaßlichen Willens gegenüber antizipativer Selbstbestimmung .....	A 41
4. Zweistufigkeit der mutmaßlichen Einwilligung: Objektive Interessenabwägung unter subjektivem Korrekturvorbehalt .....	A 41

5. Legitimationsbedürftigkeit der (Weiter-)Behandlung durch mutmaßliche Einwilligung .....	A 44
6. Umfang der „Wunschermittlungspflicht“ .....	A 45
7. Objektive Interessenabwägung als Ausgangspunkt: Pflege, Therapie, Therapiebegrenzung .....	A 46
8. Form- und Verfahrensfragen .....	A 50
<b>D. Die Situation des äußerungsfähigen, aber nicht volljährigen/nicht einwilligungsfähigen Patienten .....</b>	<b>A 52</b>
I. Grundlagen .....	A 52
1. Die Bedeutung der Mündigkeit .....	A 52
2. Schutz und Fürsorge für Unmündige/Einwilligungsunfähige .....	A 53
II. Voraussetzungen und Bedeutung der Einwilligungsfähigkeit .....	A 54
1. Die Einwilligungsfähigkeit aus dem Blickwinkel der h.M. ....	A 54
2. Die Altersgrenze von 14 Jahren <i>lege lata</i> und <i>lege ferenda</i> .....	A 60
III. Gerichtliche Vorab-Klärung der Einwilligungsfähigkeit? .....	A 62
1. Einwilligungsfähigkeit Minderjähriger .....	A 62
2. Einwilligungsfähigkeit unter Betreuung stehender Volljähriger .....	A 62
IV. Co-Konsens, Vetorecht oder Einwilligungsvorbehalt des gesetzlichen Vertreters bei Einwilligungsentscheidungen Einwilligungsfähiger? .....	A 63
1. Die Situation Minderjähriger .....	A 63
2. Die Situation unter Betreuung stehender Volljähriger .....	A 67
V. Gerichtliche Kontrolle der Entscheidung des Einwilligungsfähigen? .....	A 68
VI. Die Entscheidung des gesetzlichen Vertreters <i>anstelle</i> des nicht einwilligungsfähigen Betroffenen – Fremdbe- stimmung pur? .....	A 69
1. Einleitung .....	A 69
2. Die Entscheidung des Betreuers: Vorrang der Wün- sche des Betreuten, begrenzt durch das Wohl des Betreuten .....	A 69
3. Die Entscheidung der Eltern: Wohl des Kindes .....	A 74
4. Vetorecht des nicht Einwilligungsfähigen .....	A 75
VII. Gerichtliche Kontroll- bzw. Mitwirkungsbefugnisse bei bestimmten Entscheidungen des gesetzlichen Vertreters	A 80
1. Problemstellung .....	A 80

2. Die Einwilligung des Betreuers in eine lebensbedrohliche Behandlung .....	A 81
3. Die Behandlungsverweigerung des Betreuers trotz Lebensgefahr/die lebensbedrohliche Behandlungsabbruchentscheidung des Betreuers .....	A 86
4. Die fehlende antizipative Mitwirkung des Gerichts bei Entscheidungen der Eltern .....	A 92
5. Die fehlende antizipative Mitwirkung des Gerichts bei Entscheidungen des Vormunds und Pflegers .....	A 94
6. Die fehlende antizipative Mitwirkung des Gerichts bei Alleinentscheidungen des Arztes .....	A 95
<b>E. Vorsorgemöglichkeiten des (noch) Einwilligungsfähigen .....</b>	<b>A 96</b>
I. Die Bestellung eines Vertreters in Gesundheitsangelegenheiten .....	A 96
1. Grundlagen und Terminologie .....	A 96
2. Das Verhältnis der Gesundheitsfürsorgevollmacht zur Betreuung sowie die antizipative gerichtliche Mitwirkung gemäß § 1904 II BGB .....	A 97
3. Umfang der Befugnisse des Gesundheitsfürsorgebevollmächtigten .....	A 99
II. Antizipative Einwilligung bzw. Einwilligungsverweigerung seitens des Betroffenen .....	A 105
1. Grundlagen und Terminologie .....	A 105
2. Das Problem der Materialisierung antizipativer Entscheidungen .....	A 111
3. Das Problem der Gültigkeitsdauer antizipativer Entscheidungen .....	A 115
4. Einwilligungsfähigkeit oder Geschäftsfähigkeit als Voraussetzung einer wirksamen Patientenverfügung und ihres Widerrufs? .....	A 117
5. Form- und Verfahrensfragen .....	A 118
III. Die Betreuungsverfügung .....	A 119
1. Grundlagen .....	A 119
2. Zum Verhältnis Betreuungsverfügung – Patientenverfügung .....	A 120
3. Zur Wohlbindung des Betreuers bei Vorliegen einer Betreuungsverfügung .....	A 120
<b>F. Thesen .....</b>	<b>A 122</b>